

PRESSEMITTEILUNG, 30.06.2010

## Forschungsprojekt zur Piraterie und maritimen Terrorismus läuft an

Im April hat das Verbundprojekt „Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit: Indikatoren, Perzeptionen und Handlungsoptionen (**PiraT**)“ begonnen. Neben dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), das die Konsortialführung übernimmt, sind das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), die Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH) sowie die Bucerius Law School (BLS) beteiligt; das Institut für strategische Zukunftsanalysen (ISZA) der Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Stiftung erhält einen Unterauftrag. Als assoziierte Partner fungieren u.a. der Verband Deutscher Reeder (VDR), der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), die JWA Marine GmbH, die deutsche Sektion der Internationalen Handelskammer (ICC), das Bundeskriminalamt (KI-BKA) sowie die Gewerkschaft der deutschen (Bundes) Polizei (GDP).

Für den Projektverbund bewilligte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit der Bundesregierung zur Bekanntmachung „Sicherung der Warenketten“ ([www.sicherheitsforschungsprogramm.de](http://www.sicherheitsforschungsprogramm.de)) knapp eine Million Euro. Das Projekt ist das bisher größte Projekt am IFSH und hat eine Laufzeit von 33 Monaten. Im Rahmen von **PiraT** sind mehrere Workshops, Publikationen und eine Abschlusskonferenz geplant.

Vermehrte Angriffe von Piraten sowie die latente Gefahr des internationalen Terrorismus rücken Fragen der maritimen Sicherheit zunehmend ins öffentliche Bewusstsein. Die Gefährdung des Seehandels durch nicht-staatliche Gewaltakteure hat angesichts der Piraterie vor Somalia an Brisanz gewonnen. Die deutsche Wirtschaft ist davon in besonderer Weise betroffen, da Deutschland den Großteil seiner Waren über den Seeweg bezieht bzw. exportiert. Darüber hinaus betreiben deutsche Reedereien die größte Containerflotte weltweit – und beklagen die höchste Anzahl von Angriffen durch Piraten.

Vor diesem Hintergrund ist es Ziel des Projektverbundes **PiraT** zum einen, Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eine Diskussionsplattform zum Thema maritime Sicherheit zu bieten, um die Bedürfnisse und Erwartungen aller Beteiligten zu erfassen und das allgemeine Verständnis für die Bedeutung der Seehandelssicherheit zu erhöhen. Zum anderen soll ein Katalog mit konkreten Optionen zur Sicherung der Seewege erarbeitet werden.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen Sicherheitspolitik, Wirtschaftswissenschaft, Sicherheitstechnik und Rechtswissenschaft arbeiten dabei eng vernetzt zusammen. Um die Unsicherheitslage zu bemessen, wird in einem ersten Schritt ein Risikomodell erstellt. Zudem wird auf der Basis des Konzepts der „Security Governance“ die Koordinierung zwischen den beteiligten Akteuren analysiert. Ergänzend dazu wird die Verteilung der Schäden für die deutsche Wirtschaft branchenspezifisch aufgezeigt, was insbesondere für Versender von Waren und die Versicherungswirtschaft von großer Bedeutung ist. Bestehende Sicherheitstechniken werden hinsichtlich ihrer Tauglichkeit für eine Schadensminimierung untersucht und in eine Kosten-Nutzen-Analyse einbezogen. Eine Analyse des völker-, europa- und nationalrechtlichen Normenbestands soll Lücken und Steuerungsdefizite aufdecken. Die erarbeiteten Handlungsoptionen und der entstehende Maßnahmenkatalog werden auch rechtlich eingebettet.

**PiraT** strebt ein Gesamtkonzept an, bei dem politikwissenschaftliche Risikoanalysen und technologische Sicherheitslösungen mit rechtlichen und wirtschaftlichen Lösungsvorschlägen verknüpft werden mit dem Ziel, ressortübergreifende staatliche Handlungsoptionen zur zivilen Stärkung der Seehandelssicherheit zu entwickeln.

**Kontakt:** Dr. Hans-Georg Ehrhart: [ehrhart@ifsh.de](mailto:ehrhart@ifsh.de) und Dr. Patricia Schneider: [schneider@ifsh.de](mailto:schneider@ifsh.de) .

**Webseite:** [www.maritimesicherheit.eu](http://www.maritimesicherheit.eu)